

**Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion,
Karl-Josef Laumann,**

am 16. Sep. 2010

Aussprache zur Regierungserklärung:

Für Nordrhein-Westfalen – ein Land, in dem zu leben und zu arbeiten sich auch in Zukunft lohnen soll

Sehr geehrter Herr Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

I.

Die gestrige Regierungserklärung von Frau Kraft hatte viele schöne Worte. Das macht warm ums Herz. Aber am Ende geht es um die wesentlichen politischen Fragen. Wenn dazu nichts gesagt wird, dann tragen auch die schönen Worte nicht.

Frau Kraft, Ihrer Regierungserklärung fehlt die Substanz.

Wer vom Industriestandort spricht und Datteln nicht erwähnt, der hat keine industriepolitische Substanz.

Wer von Nachhaltigkeit spricht und keinen einzigen Konsolidierungsvorschlag macht, der verzehrt die Substanz kommender Generationen.

Wer von Bildung spricht und seine eigenen schulpolitischen Absichten nicht ehrlich offenlegt, schürt Unzufriedenheit und Unruhe.

Frau Kraft, Sie haben den Kindern gestern einen Kulturrucksack versprochen mit vielen Freikarten. Was Sie in Wirklichkeit in diesen Rucksack packen, sind keine Freikarten, sondern viele neue Schulden. Den Schuldenrucksack müssen unsere Kinder bezahlen, mit Zins und Zinseszins. Das und nichts anderes ist die dünne Essenz Ihrer gestrigen Regierungserklärung.

So sehen es heute auch die meisten Kommentare zu Ihrer Erklärung.



Es gilt das gesprochene Wort!

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen.

- Die Schulden aus der Weltwirtschaftskrise müssen zurückgefahren werden. Der Konsolidierungskurs, den wir von 2005 bis 2008 erfolgreich gefahren haben, muss fortgesetzt werden. Wer jetzt das Konto unserer Kinder überzieht, handelt unmoralisch.
- Der demographische Wandel muss menschlich gestaltet werden. Das betrifft alle Politikbereiche. Es wird darauf ankommen, mit einer älter werdenden Gesellschaft innovativ zu bleiben. Unsere wirtschaftliche Stärke entscheidet auch darüber, ob unser Sozialstaat die Herausforderungen meistern kann.
- Der Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft geht weiter. Wir brauchen Bildungseinrichtungen, in denen alle Begabungsreserven gehoben werden. Ich betone ausdrücklich: Auch die Begabungsreserven der Zuwanderer. Da gibt es trotz großer Anstrengungen in den letzten Jahren noch viel Ungerechtigkeit. Die Menschen müssen die Möglichkeit haben, durch Bildung und Fleiß aus ihrem Leben etwas zu machen. Gerechtigkeit erzielt man nicht durch mehr Umverteilung. Der Schlüssel ist bessere Bildung. Wer jetzt auf Jahre Unruhe in unsere Schulen bringt, der setzt die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel.
- Wir haben als großes und starkes Energieland eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung des Klimawandels. Das Ziel muss die Versöhnung von Wirtschaft und Umwelt, von Ökonomie und Ökologie sein. Nordrhein-Westfalen muss zum ökologischen Industrieland werden. Wer jetzt Ökologie und Industrie gegeneinander ausspielt, der vertreibt die Industrie und die Arbeitsplätze aus Nordrhein-Westfalen und macht das Land arm.
- Die Kommunen brauchen wieder Gestaltungsspielraum. Sie ächzen unter der Last immer umfangreicherer Aufgaben. Das muss ein Ende haben, damit die Demokratie nicht Schaden nimmt. Sie lebt vom Engagement der Bürgerinnen und Bürger in den Dörfern und Städten. Wenn nicht mehr gestaltet werden kann, dann geht das an die demokratische Substanz. Deshalb ist eine strukturelle und nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzen eine der wichtigsten Aufgaben. Wer die Strukturprobleme auf die lange Bank schiebt und stattdessen geliehenes Geld aus der linken in die rechte Tasche schiebt, der beschädigt die kommunale Selbstverwaltung.

Zur Bewältigung der Herausforderungen ist eine starke Landesregierung nötig. Sie muss Macht haben. Sie muss einen klaren und erkennbaren Gestaltungswillen über fünf Jahre haben. So funktioniert die parlamentarische Demokratie. So erwarten es die Bürgerinnen und Bürger, die Wählerinnen und Wähler.

Nordrhein-Westfalen hat keine starke Regierung. Das liegt nicht an den Wählerinnen und Wählern. Es liegt an Frau Kraft allein. Mit der CDU war eine stabile und handlungsfähige Koalition möglich. Dazu war die CDU aus Verantwortung für das Land bereit. Die Koalition ist daran gescheitert, dass Frau Kraft um jeden Preis Ministerpräsidentin werden wollte. Alles andere ist der Versuch von Legendenbildungen.

Der Preis, den Sie jetzt zahlen, Frau Kraft, ist eine instabile Minderheitsregierung aus Partnern, die sich nicht grün sind. Sie sind auf wechselnde Mehrheiten angewiesen. Sie sind auf die Linke angewiesen, von der Sie im Wahlkampf gesagt haben, sie sei weder regierungs- noch koalitionsfähig. Sie hatten auch versprochen, sich nicht von der Linken tolerieren zu lassen. Frau Löhrmann hat die Sondierungsgespräche mit der Linken abgebrochen. Sie war geschockt, wie sehr die Linke immer noch dem DDR-Unrechtsregime hinterherweint. Und jetzt? Jetzt treibt diese Linke Frau Kraft und Frau Löhrmann vor sich her.

II.

Frau Kraft, genau darüber wollen Sie mit Ihren Reden von der Koalition der Einladung hinwegtäuschen.

Wir haben nichts gegen Einladungen. Aber wenn wir eingeladen werden, dann wollen wir wissen, wozu. Und wir wollen sicher sein, dass die Einladung ernst gemeint ist.

Ich sage Ihnen mal an ein paar Beispielen, wozu Sie uns bisher eingeladen haben:

- Sie haben uns eingeladen, das Schulsystem in Richtung Einheitsschule umzukrempeln.
- Sie haben uns eingeladen zu einer wahnwitzigen Neuverschuldung.
- Sie haben uns eingeladen, die von uns eingeführten und breit akzeptierten Studienbeiträge abzuschaffen.

Ich habe dazu schon vor Wochen gesagt: Man kann niemanden einladen, die Dörfer abzubrennen, die er erfolgreich aufgebaut hat. Erwarten Sie im Ernst, dass wir uns zu Gesprächen einladen lassen, wenn Ihr Finanzminister seinen Vorgänger anpöbelt mit den Worten: „Die haben ihren Garten saubergemacht, indem Sie die toten Hühner über den Zaun geworfen haben“? (Aachener Nachrichten, 9.9.10)

Herr Finanzminister, tun Sie endlich Ihre Pflicht. Machen Sie konkrete Einsparvorschläge statt über Bettensteuern nachzudenken. Ich habe noch keinen einzigen Sparvorschlag gehört. Ich sage Ihnen, woran das liegt: Helmut Linssen war ein starker Finanzminister. Er hatte was zu sagen. Jürgen Rüttgers wollte einen starken Finanzminister, weil er konsolidieren wollte. Ich weiß, wovon ich rede. Frau Kraft will einen schwachen Finanzminister. Er soll nicht sparen. Er soll die Wünsche seiner Kabinettskolleginnen erfüllen. – So eine Finanzpolitik endet wie in Griechenland. Und dazu wollen Sie uns einladen?

Die einzige Einladung, bei der wir bisher zusammengekommen sind, war die Debatte über die EU-Pläne bei der Steinkohlefinanzierung. Aber da sind Sie unserer Einladung gefolgt. Sie haben endlich einem Kompromiss zugestimmt, den Sie noch vor drei Jahren entschieden abgelehnt haben.

Frau Kraft, Sie haben kein Konzept für eine gute Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Sie wecken keine Phantasie. Sie reden viel über Einladungen, über politische Kultur, über den Umgang miteinander. Aber eine Substanz Ihres Regierungshandelns ist nicht sichtbar, eine Handschrift nicht erkennbar. Der Start der grün-roten Minderheitsregierung war ein Fehlstart.

III.

Nordrhein-Westfalen ist eines der bedeutendsten europäischen Industrie- und Energieländer. Wie kann man in einem solchen Land das Wirtschaftsministerium abschaffen und seine Reste auf das Bau- und Verkehrsministerium und auf das Umweltministerium verteilen? Nordrhein-Westfalen braucht ein starkes Wirtschaftsministerium – und auch ein starkes Sozialministerium. Beides haben wir nicht mehr. Wieso führt das Ministerium von Guntram Schneider eigentlich noch das „Soziale“ im Namen? Er ist weder für die Stiftung Wohlfahrtspflege noch für das Wohn- und Teilhabegesetz zuständig, obwohl in beiden Gesetzen steht, dass die Aufsicht dem für das „Soziale“ zuständige Ministerium untersteht. Lieber Guntram, das hast selbst Du nicht verdient, zum bloßen Verwalter von ESF-Mitteln zu werden. – Die Schwächung der Kern-Ressorts ist ein verheerendes Signal.

Wir haben seit Jahrzehnten eine Atomdebatte. Wir haben seit langem eine Debatte darüber, wie wir die regenerativen Energien am besten und wirtschaftlichsten nach vorne bringen. Den Regenerativen gehört die Zukunft. Im aktuellen Energie-Konzept der Bundesregierung geht es darum, wie Deutschland verlässlich und bezahlbar ins Zeitalter der regenerativen Energien kommt und welche Brücken dahin die geeigneten sind. Es ist die Verantwortung der Politik, für sachliche Debatten darüber zu sorgen. Wenn diese Debatten genutzt werden für Diffamierungskampagnen gegen die Energieversorger und die große Industrie insgesamt, dann kommen wir auf eine schiefe Bahn. – Ich bin froh über unsere großen Unternehmen. Ich bin froh, dass wir weltweit wettbewerbsfähige Chemie- oder Energieunternehmen hier haben. Das sind keine Fremdkörper. Das sind Unternehmen, die zur Identität unseres Landes gehören.

Ein großes Thema ist die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, aber auch die Integration von Menschen aus schwierigen sozialen Milieus. Wir haben nur eine Zukunft, wenn jedes Kind und jeder Erwachsene, der dazu in der Lage ist, die Chancen bekommt, zu arbeiten und sein Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Deshalb verstehe ich nicht, warum Sie die Integration wieder zu einer Sparte der Arbeitsmarktpolitik gemacht haben, – vertreten durch eine Staatssekretärin, die im Parlament kein Rederecht hat. Gerade in die heutige Zeit hätte ein Ministerium für Integration gepasst: Mit einem glaubwürdigen Kopf an der Spitze, der für Integrationspolitik steht und das Thema transportiert. Was Sie gemacht haben, ist ein Rückfall in uralte Zeiten.

IV.

Frau Löhrmann, Sie haben viel Aufmerksamkeit erregt. Vor allem haben Sie Aufmerksamkeit damit bekommen, dass Sie CDU-Kommunen gegen die CDU-Landespolitik ausspielen wollen.

Glauben Sie mir: Wir kennen die Probleme gut. Wir brauchen niemanden, der uns sagt, dass der Schülerrückgang vielen Städten und Gemeinden Sorgen macht. Wir waren es, die 2005 angefangen haben, sich darum zu kümmern. Die Vorgängerregierung hatte nichts getan. Wir haben uns fünf Jahre mit großer Ernsthaftigkeit um Lösungen bemüht, nicht nur für den demographischen Wandel.

- Wir haben die Schulen besser ausgestattet.
- Wir haben Lehrerstellen neu geschaffen.

- Wir haben die individuelle Förderung zur schulpolitischen Leitidee gemacht und im Schulgesetz verankert.
- Wir haben die Selbständigkeit der Schulen im Schulgesetz verankert.
- Wir haben den Ganzttag ausgebaut.
- Wir haben massiv in die vorschulische Bildung und Sprachförderung investiert.
- Wir haben die Lehrerausbildung reformiert – mit bundesweiter Anerkennung.
- Wir haben wegen des Rückgangs der Schülerzahlen erstmals neue Möglichkeiten der Kooperation und des Verbundes geschaffen, damit Schulstandorte nach Möglichkeit erhalten werden können.

Das alles waren wichtige Schritte zur Auflösung des Reformstaus und zur Beseitigung der schweren sozialen Schieflage, die Rot-Grün 2005 hinterlassen hatten. Auf diese Leistung können CDU und FDP stolz sein.

Aber die Entwicklung steht nicht still. Eine große Herausforderung bleibt der demographische Wandel. Wenn auch Sie sich ernsthaft um Lösungen bemühen, Frau Löhrmann, dann sind wir Gesprächsbereit.

Ich will unser Problem auf den Punkt bringen.

Im August 2007 hat der Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD festgestellt: „Das gegliederte Schulwesen ist nicht zukunftsfähig“. Die SPD strebt „in der Perspektive ein vollständig integratives System an, das bis zum ersten qualifizierten Abschluss am Ende der Sekundarstufe I führt“.

An diesen Beschluss, den sie gegen viel Widerstand in der eigenen Partei durchgesetzt hat, hält Frau Kraft unverändert fest. Sie will das vielfältige Schulwesen überwinden. Sie will die sogenannte Gemeinschaftsschule als Einheitsschule für alle.

In anderen Bundesländern gibt es ein Zwei-Säulen-Modell aus Gymnasium auf der einen Seite und fusionierter Haupt- und Realschule auf der anderen Seite. In den Koalitions-Sondierungsgesprächen von SPD und CDU hat Frau Kraft von sich aus, noch bevor es zu konkreten Gesprächen über mögliche Kompromisslinien kam, dem Zwei-Säulen-Modell eine klare Absage erteilt. Sie haben gesagt, Frau Kraft: Am Ende dieses Prozesses wird es mit mir keine Gymnasien und keine Realschulen mehr geben, sondern nur noch Gemeinschaftsschulen. Und jetzt sage ich klar, Frau Löhrmann, und ich erwarte, dass Sie sich dazu äußern: Mit der sogenannten Gemeinschaftsschule soll die Tür zum Zwei-Säulen-Modell zugeschlagen werden. Das ist der Hinter-Sinn der Gemeinschaftsschule. Eine Gemeinschaftsschule mit gymnasialen Standards bis zum Ende der Sekundarstufe I ist mit dem Zwei-Säulen-Modell nicht vereinbar.

Frau Löhrmann, ich will von Ihnen wissen, ob Sie den schulpolitischen Extremismus von Frau Kraft teilen. Was ist Ihr Ziel? Ist die Einführung von Gemeinschaftsschulen auch für Sie nur die Etappe auf dem Weg zur Einheitsschule? Wenn das so ist, Frau Löhrmann, dann sagen Sie es hier. Und wenn es nicht Ihr Ziel ist, dann sagen Sie es hier.

Geht es Ihnen in Ascheberg um die Lösung eines demographischen Problems, Frau Löhrmann? Darüber können wir reden. Es gab in den letzten fünf Jahren mehr als zwanzig „Aschebergs“. Für alle konnte im regionalen Konsens – das ist mir besonders wichtig – eine gute Lösung gefunden werden.

- Wir haben im Schulgesetz geregelt, dass eine Hauptschule und eine Realschule sich organisatorisch zusammenschließen können.
- Wir haben geregelt, dass eine Hauptschule und eine Gesamtschule sich zu einer Aufbauschule zusammenschließen können.
- Wir haben geregelt, dass eine Hauptschule um einen Realschulzweig erweitert werden kann oder eine Realschule um einen Hauptschulzweig.
- Wir haben geregelt, dass der Unterricht in diesen Schulen in gemeinsamen Lerngruppen erteilt werden kann. Nur in den Klassen 7 bis 10 muss der getrennte Unterricht überwiegen.

Wir sind bereit, die flexiblen Reaktionsmöglichkeiten auf den Schülerrückgang, die wir eingeführt haben, weiterzuentwickeln. Wir halten es für richtig, über früheres gemeinsames Lernen nachzudenken. Wir können uns ein Lernjahr vor dem bisherigen ersten Grundschuljahr vorstellen. Denn je früher gelernt wird, desto sicherer ist der Lernerfolg. Wir laden Sie ein, Frau Löhrmann, über all das mit uns zu sprechen. Wir wollen keinen Schulkrieg. – Aber wir sind nicht bereit, das vielfältige Schulwesen zum Abschluss freizugeben.

Frau Löhrmann, in Ihrem Sprechzettel zur Schuljahres-Auftakt-Pressekonferenz vom 27. August steht: „Wir schließen von Landesseite keine Schule und schaffen auch keine Schulform ab“. Solche Sätze sind ärgerlich. Das ist unehrlich, Frau Löhrmann! Sie wissen, dass das Gymnasium ausgehöhlt wird, wenn in fünf Jahren 30 Prozent der allgemeinbildenden Schulen zu Gemeinschaftsschulen mit gymnasialen Standards werden. Sie wissen, dass das auf Kosten von Realschulen geht. Und solange Sie sich nicht klar anders äußern, sage ich: Sie wissen es nicht nur, Sie wollen es so! Sie schielen darauf, dass genügend Kommunen auf die Gemeinschaftsschule springen. Und Sie hoffen, dass der Gesetzgeber dann hinterherspringt. Das ist außerparlamentarische Schulpolitik. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

Wir sind überzeugt: Die besten Schulen für unsere Kinder sind Schulen in einem vielfältigen Schulsystem. Am Ende werden bei zurückgehenden Schülerzahlen nicht alle Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen oder Gymnasien bestehen bleiben, wie es sie heute gibt. Es wird mehr Verbünde, Kooperationen und auch Zusammenschlüsse geben, und es wird auch über Schulschließungen zu sprechen sein. Das weiß jeder, der zählen kann. Aber das lässt sich in Frieden machen, wenn alle Verantwortlichen ehrlich und offen miteinander umgehen und ein regionaler Konsens zum Besten unserer Kinder gefunden wird. Politik muss nicht einfach, aber sie muss ehrlich sein. Ehrlich ist es nicht, wenn Sie den Eindruck erwecken, dass die Einheitsschule die einzige Lösung des demographischen Problems ist. Das ist sie nicht.

Frau Löhrmann, hören Sie auf, die Verantwortung für entscheidende schulpolitische Weichenstellungen an die Bürgermeister, an die Stadt- und Gemeinderäte oder an die Schulversammlungen zu verschieben. Sie als Ministerin haben die Verantwortung. Dieses Parlament als Schulgesetzgeber hat die Verantwortung. Wenn Sie die Schulstruktur ändern wollen, dann müssen Sie hier im Parlament Mehrheiten für eine Gesetzesänderung organisieren. Die Experimentierklausel des Schulgesetzes lässt Schulversuche „zeitlich und im Umfang begrenzt“ zu. Mit dieser Experimentierklausel können Sie Ascheberg machen. Aber Sie können damit keine grundlegende Umwandlung des Schulsystems auf den Weg bringen!

Und auch dann, wenn Sie G8 wieder ändern wollen, müssen Sie hier im Parlament Mehrheiten für eine Gesetzesänderung organisieren. Im Schulgesetz ist G8 für die Gymnasien festgelegt. Wollen Sie ernsthaft Eltern, Lehrer und Schüler auffordern, gegen das Schulgesetz zu verstoßen? Finden Sie es wirklich in Ordnung, jetzige Eltern, Lehrer und Schüler entscheiden zu lassen, auf was für ein Gymnasium die Kinder ab nächstes Jahr gehen? Das nenne ich Flucht vor der landespolitischen Verantwortung. Und wenn Sie das durchsetzen, dann prophezeie ich Ihnen eine schulpolitische Kleinstaaterei, wie das Land sie noch nicht gesehen hat. Die früheren Zollgrenzen wären harmlos gegen die neuen Schulgrenzen. Wie soll denn jemand von einem Ort, in dem G9 gilt, in einen Ort umziehen, in dem G8 gilt?

Die Landesregierung hat für den 23. September zu einer Bildungskonferenz eingeladen. Ich sage für meine Fraktion, dass wir die Einladung annehmen. Ich sage Ihnen klar: An uns scheitert keine sinnhafte Organisationsdebatte. Aber ich sage ebenso klar: Wir werden alles dafür tun, dass die Einheitsschule scheitert. Sie ist nicht die beste Schule für unsere Kinder.

V.

Die schulpolitischen Linien der grün-roten Minderheitsregierung sind nicht klar. Nicht klar sind auch die wirtschafts- und industriepolitischen Linien der SPD. Der Koalitionsvertrag ist überwiegend mit grüner Tinte geschrieben. Was Frau Kraft gestern hier vorgetragen hat, zeugt von viel Kampf hinter den Kulissen, aber nicht von klaren Koalitionslinien.

Bestes Beispiel hierfür ist das Kraftwerksprojekt in Datteln. Im letzten Dezember waren Sie, Frau Kraft, noch mit uns der Auffassung, dass Nordrhein-Westfalen das effizienteste Steinkohlekraftwerk Europas braucht. Am 17. Dezember 2009 haben Sie uns hier im Landtag gesagt: „Wir wollen das Kraftwerk in Datteln. Wir wollen das Kraftwerk.“

Aber statt klarer Kante schieben Sie im Koalitionsvertrag die Verantwortung auf die Gerichte. Und seitdem haben Sie, Frau Kraft, geschwiegen. Den ganzen Sommer über. Selten war ein Schweigen lauter, als das Schweigen der Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen zu einem Milliarden-Industrieprojekt. Wenn Sie sagen: Die nordrhein-westfälische Landesregierung baut keine Kraftwerke und reißt auch keine ab, dann hat das dieselbe Qualität, wie wenn Frau Löhrmann sagt: Die nordrhein-westfälische Landesregierung schließt keine Schulen und schafft keine Schulform ab. Das sind unehrliche Sätze!

Verstecken Sie sich nicht hinter den Gerichten, Frau Kraft. Die Gerichte haben entschieden: im September 2009 und im März 2010. Da ist nichts mehr abzuwarten. Jetzt muss Datteln gerichtsfest gemacht werden. Das geht, wenn der politische Wille da ist. Und diesen politischen Willen äußert man nicht durch Schweigen oder durch nichtssagende Floskeln. Der Wille zeigt sich im Tun. Tun Sie endlich etwas!

Bei uns in der CDU-Fraktion ist die Sorge groß, dass Datteln zum Symbol einer für das Land verhängnisvollen Industrie- und Wirtschaftspolitik wird.

Jede nordrhein-westfälische Regierung braucht ein klares industrielles Leitbild. Das ist entscheidend für Nordrhein-Westfalen. Frau Kraft, Ihre Minderheitsregierung hat kein

klares Leitbild. So, wie sie zusammengesetzt ist, kann sie auch keines haben. Wir hatten eins. Es hat unser Handeln bestimmt: Bei der wettbewerblichen Fördermittelvergabe, bei der Stärkung der Innovationskerne, beim Branchendialog, bei der klaren Positionierung zu Einzelprojekten wie Datteln oder der Kohlenmonoxid-Pipeline, bei der Neugründung von technologieorientierten Fachhochschulen. Auch deshalb waren die letzten Jahre gute Jahre für Nordrhein-Westfalen.

Ich lade Sie gerne ein zu Gesprächen. Wir können ausloten, ob wir gemeinsame Positionen finden, um den Industriestandort voranzubringen. Eine Einladung können Sie schon in dieser Plenumswoche annehmen, Frau Kraft, indem Sie unseren Antrag zu Datteln unterstützen.

VI.

Am klarsten erkennbar sind die Linien der grün-roten Minderheitsregierung in der Haushaltspolitik. Und das ist nur noch erschreckend.

Das Programm der Regierung ist ein gigantisches Schuldenprogramm. Konsolidierung ist für die Landesregierung kein Thema.

Sie wollen die Nettoneuverschuldung auf 8,9 Milliarden Euro und damit um über 36 Prozent erhöhen -- trotz gesamtwirtschaftlicher Erholung und steigender Steuereinnahmen. Sie haben nichts dazu gelernt. Sie erklären den alten Schlendrian aus den Jahren vor 2005 zum neuen Regierungsprogramm. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen ist einfach: Wir haben neue Ideen mit weniger Schulden verwirklicht. Sie haben überhaupt keine neuen Ideen. Und die alten Ideen wollen Sie mit neuen Schulden finanzieren.

Eine verantwortungsvolle und zukunftsorientierte Haushalts- und Finanzpolitik gehörte zur „Staatsräson“ der Regierung Rüttgers. Weil Sie das wissen, Frau Kraft, und weil Sie wissen, dass die Bürgerinnen und Bürger das wissen, deshalb fahren Sie eine Diskreditierungskampagne. Sie reden von Abschlussbilanzfälschung und von Bilanzbetrug. Das ist eine Stillosigkeit. Es empört mich, was Sie da machen. Aber Ihr Versuch, von der eigenen haushaltspolitischen Verantwortungslosigkeit abzulenken, verfängt nicht. Die Überschriften in den Zeitungen sollten Ihnen zu denken geben: „Politikwechsel wird teuer“. „Böses Omen“. (Kölnische Rundschau, 9.9.10). „Die Schuldenmacher“ (RP,9.9.10) „Kreative Buchführung“. (WP,9.9.10) „NRW mit Rekord-Neuverschuldung“. (WZ, 9.9.10) „So viele Schulden wie nie in NRW“. (Generalanzeiger, 9.9.10)

Aus rein machtpolitischen Gründen rücken Sie die WestLB in ein schlechtes Bild. Wir haben die WestLB stabilisiert. Bereits in 2008 haben wir ein Sondervermögen zur Risikoabschirmung WestLB eingerichtet. Bislang wurden rund 107 Millionen Euro in Anspruch genommen. Der Vermögensbestand beträgt heute rund 1,2 Milliarden Euro. Auch nach den schlechtesten Risikoprognosen wird der Rettungsschirm bis Anfang 2012 reichen. Selbst Ihr Minister Harry Voigtsberger, der noch bis Ende April dem Aufsichtsrat der WestLB angehörte, hat in einem Interview bestätigt, dass alle erkennbaren Risiken berücksichtigt seien. (vgl. Rheinische Post vom 20.07.2010).

Auch für 2011 hat Ihr Finanzminister bereits angekündigt, die Neuverschuldung auf über 8 Milliarden Euro zu erhöhen. Dabei zwingt die Schuldenbremse die Länder zu ausgeglichenen Haushalten spätestens ab 2020. Aber was die NRW-SPD von der Schuldenbremse hält, das konnten wir in der vergangenen Woche nachlesen: Ihr Finanzminister geißelt sie als „ein Stück Selbstentmündigung“. (Rheinische Post, 9.9.10) Wer so etwas ernst meint, ist politisch unmündig! Ich muss Sie wohl nicht daran erinnern, dass Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister maßgeblich zur Einführung der Schuldenbremse beigetragen hat. Das war jedenfalls ein Beweis der politischen Mündigkeit.

Mit Ihrem Schuldenkurs, Frau Kraft, knüpfen Sie nahtlos an die Haushalts- und Finanzpolitik der Jahre vor 2005 an. Sie stellen die Weichen nicht in die Zukunft, sondern in die Vergangenheit. Und wohin es führt, wenn man über seine Verhältnisse lebt, haben wir in Griechenland gesehen. Solange Sie diesen Kurs fahren, brauchen Sie uns mit keiner Einladung zu kommen.

Wir erwarten von Ihnen ein eindeutiges und belastbares Bekenntnis zur Haushaltskonsolidierung hier und heute.

VII.

Ein besonderes Problem im Rahmen der Haushaltspolitik sind die Kommunalfinanzen.

Wir wollen den Kommunen helfen. Höchste Priorität hat auch für uns, dass die Städte, Gemeinden und Kreise in möglichst kurzer Zeit wieder einen angemessenen Handlungsspielraum zur Erfüllung ihrer Aufgaben vor Ort haben. Nur so bekommen unseren Ratskollegen vor Ort wieder politische Gestaltungsmöglichkeiten. Nur so können wir das demokratische Gefüge in unserer Gesellschaft dauerhaft sichern.

Wir stehen sinnvollen Sofortmaßnahmen aufgeschlossen gegenüber. Wir haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass Kommunalminister Jäger viele unserer Positionen unterstützt. So hat er auf die Wichtigkeit der auf Betreiben von Jürgen Rüttgers eingesetzten Gemeindefinanzkommission hingewiesen.

Zum ersten Mal seit 1949 sitzen die Kommunen als gleichberechtigter Partner auf Bundesebene mit am Verhandlungstisch, um die Finanzstruktur der kommunalen Haushalte nachhaltig zu verbessern. Wir haben dafür gesorgt, dass die Gespräche auf Bundesebene durch eine eigene Gemeindefinanzkommission auf Landesebene begleitet werden. Wir wollten diese Gespräche nutzen, um die Auf- und Ausgaben der Gebietskörperschaften neu zu justieren. Dazu ist meine Fraktion unverändert bereit.

Wir erwarten allerdings, dass die SPD nicht auf die Rezepte von vorgestern zurückgreift und mit der Gießkanne durchs Land geht. Die Erhöhung langfristiger Schulden schafft keine Problemlösung! Mit einer Altschuldenbeihilfe von jährlich 350 Millionen Euro und mit der Aufstockung des Gemeindefinanzierungsgesetzes um 300 Millionen Euro zu Lasten des leeren Landeshaushaltes und zu Lasten finanziell besser gestellter Kommunen wird keine nachhaltige Entschuldung der notleidenden Kommunen eingeleitet. Es wird nur ein Strohfeuer entzündet.

Wer eine nachhaltige Konsolidierung der Kommunal Finanzen will, der muss zunächst eine Lösung der Strukturprobleme bei den großen Ausgabenblöcken der Soziallasten erreichen. Strohfeuer zu Lasten des Landeshaushaltes und der kommunalen Familie lösen die Probleme nicht. Erst eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Sozialtransferleistungen ermöglicht eigene Hilfen des Landes. Diese Hilfen müssen strukturelle Wirkung entfalten. Anders gesagt: Erst muss das Loch im Eimer gestopft sein, ehe das Land weitere Finanzmittel hineinschüttet.

Hierbei ist der Bund gefordert. Was wir brauchen, ist nicht die schnelle, sondern möglichst schnell die nachhaltige Lösung. Was die Arbeit an einer nachhaltigen Lösung betrifft, sind wir gesprächsbereit.

VIII.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe anfangs gesagt, dass die vorige Landesregierung nach guter Arbeit ein schlechtes Wahlergebnis bekommen hat. Ich bin zutiefst überzeugt, dass es fünf gute Jahre für Nordrhein-Westfalen waren. Ich bin auch überzeugt, dass mit fortschreitender Zeit die politischen Konturen der vergangenen Jahre immer deutlicher werden. Dabei wird sich zeigen, wie wichtig und richtig es war, dass Jürgen Rüttgers den Zusammenhalt der Gesellschaft an die oberste Stelle der politischen Agenda gesetzt hat. Es wird sich zeigen, wie wichtig und richtig es war, zu betonen, dass wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit zwei Seiten derselben Medaille sind.

Die CDU ist die Partei der sozialen Marktwirtschaft. Für uns sind und bleiben die Grundsätze, die Jürgen Rüttgers immer wieder betont hat, unverändert in Geltung. Es sind Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft

Wir haben die große Sorge, dass die Minderheitsregierung nicht die Kraft hat, zum notwendigen Maß an Zusammenhalt in der Gesellschaft beizutragen. Wir haben die Sorge, dass vieles, was zusammengehört, auseinanderfällt. Vor allem haben wir die Sorge,

- dass Wirtschaft und Soziales wieder gegeneinander ausgespielt werden,
- dass der heute jungen Generation und ihren Kindern eine unzumutbare Schuldenlast aufgebürdet und damit die Generationensolidarität strapaziert wird,
- dass der Königsweg zu gesellschaftlicher Teilhabe, nämlich gute Bildung für ein auskömmliches Leben, durch die Wiederbelebung alter Experimente erschwert wird.

Wir wollen das nicht. Wir wollen das Beste für Nordrhein-Westfalen. Was wir tun können, um Nordrhein-Westfalen als ein Land voranzubringen, in dem es sich lohnt zu leben und zu arbeiten, das wollen wir tun – auch aus der Opposition heraus. Wir treiben keine Fundamentalopposition. Die Gesprächseinladungen, die ich im vorigen ausgesprochen habe, sind ernst gemeint.

Einige Punkte will ich konkret machen:

Ich würde mich freuen, wenn es uns gelingt, die Behindertenpolitik, einschließlich des Themas Inklusion, aus dem politischen Alltagsgefecht herauszuhalten und möglichst im Konsens voranzubringen.

Das Gleiche gilt für den Maßregelvollzug, für den ich Zusammenarbeit ausdrücklich anbieten möchte.

Ich würde mich freuen, wenn der Landtag und die Landesregierung in der Integrationspolitik an die gute Tradition der letzten Jahre anknüpfen und den Akzent mehr auf die gemeinsamen Positionen setzen als auf die trennenden.

Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen. Ich erkenne nicht, dass die grün-rote Minderheitsregierung die Weichen zur Bewältigung dieser Herausforderungen richtig stellt.

Persönlich wünsche ich Ihnen, Frau Kraft, und Ihren Kabinettskolleginnen und Kollegen eine glückliche Hand für Ihre schwere Aufgabe.

Politisch sage ich: Jeder Tag weniger grün-rote Schuldenregierung ist ein gewonnener Tag für Nordrhein-Westfalen.